



FDP | 11.05.2023 - 16:52

Wir haben kein Einnahmenproblem



Der Bund muss im kommenden Jahr mit weniger Geld auskommen als die Steuerschätzer im Herbst vorausgesagt haben. Finanzminister Christian Lindner sieht sich bestätigt: Es gibt kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.

[Die Steuerschätzung](#) [1] bestärkt FDP-Chef Christian Lindner in der Überzeugung, dass jetzt nicht die Zeit für Steuererhöhungen ist. Im Gegenteil: „Wer das als Lösung fordert, denkt sehr kurzfristig, verkennt die tatsächlichen Probleme und würde die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes beeinträchtigen.“ Statt immer neue Ausgabenprogramme zu erfinden, „müssen wir zurückkehren zu einer stabilitäts- und angebotsorientierten Finanzpolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft voranbringt“, so Lindner. Sowohl neue Schulden als auch Steuererhöhungen seien da kontraproduktiv.

Deutschland ist ein Hochsteuerland

Dem Bund stehen laut Prognose der Steuerschätzer im kommenden Jahr rund 377,3 Milliarden Euro an Steuereinnahmen zur Verfügung. Damit hat Lindner 13 Milliarden weniger Spielraum in seinem Etat [als im Herbst gedacht](#) [2]. Der Finanzminister selbst hat eine Haushaltslücke von rund 20 Milliarden Euro ausgemacht. Unter anderem müssen auch Mehrkosten durch den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst und höhere Zinsen kompensiert werden. Diese Lücke müsse durch Verzicht erwirtschaftet werden, betonte er. „Wir können nur das Geld ausgeben, das die Menschen und Betriebe in diesem Land erwirtschaften.“

Für ihn spiegeln die Ergebnisse der Steuerschätzung zwei wesentliche Aspekte der aktuellen

Finanzpolitik wider: „Zum einen sind sie Beleg dafür, dass das [Inflationenausgleichsgesetz](#) [3] und das Jahressteuergesetz ihre Wirkung entfalten. [Wir geben den Menschen und Betrieben im Schätzzeitraum jährlich rund 34 Milliarden Euro zurück](#) [4]. Damit halten wir unser Versprechen ein, uns nicht an der Inflation zu bereichern.“ Darüber hinaus mache das Schätzergebnis deutlich, dass Deutschland ein Hochsteuerland sei. „In 2025 werden wir erstmals Steuereinnahmen von über einer Billion Euro verzeichnen. Trotz dieser beachtlichen Summe können wir nicht alles, was wir uns vorgenommen haben, finanzieren“, erläuterte Lindner.

Die [#Steuerschätzung](#) [5] eröffnet keinerlei neue finanzielle Handlungsspielräume. Es bleibt Gebot der Stunde, die Konsolidierung des Haushaltes voranzutreiben und sich sehr strikt auf Prioritäten zu verständigen. Es ist jetzt die Zeit für eine zukunftsorientierte Finanzpolitik. TL

— Christian Lindner (@c_lindner) [May 11, 2023](#) [6]

Zeit für eine zukunftsorientierte Finanzpolitik

Lindner sieht dabei weniger ein Einnahmen-, sondern ein [Ausgabenproblem](#) [7]. Das heißt im Klartext: Die Bundesregierung, seine Ministerkollegen müssten sparen. „Dieser haushaltspolitischen Realität müssen wir uns alle stellen. Es bleibt deshalb das Gebot der Stunde, [die Konsolidierung des Bundeshaushaltes voranzutreiben](#) [8] und sich sehr strikt auf Prioritäten zu verständigen. Aus diesem Grund ist jetzt die Zeit für eine zukunftsorientierte Finanzpolitik.“

Zukunftsorientiert hat für Lindner eine doppelte Bedeutung. Politik sei „zum einen zukunftsorientiert, wenn sie sich auf Zukunftsinvestitionen und Zukunftsaufgaben konzentriert“. Dazu gehörten zweifelsohne „Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung, die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit auch durch entsprechende Anreize für private Investitionen“, so der Finanzminister. „Auf der anderen Seite ist die Finanzpolitik dann zukunftsorientiert, wenn sie nicht oberhalb ihrer Verhältnisse Geld einsetzt.“ Innerhalb dieses Rahmens müsse die Politik darauf achten, dass effektiv, effizient und sorgsam mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umgegangen werde.

Bund, Länder und Kommunen müssen im kommenden Jahr wohl mit rund 30,8 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen rechnen als noch im Herbst angenommen. pic.twitter.com/63YYVvaWpY [9]

— Bericht aus Berlin (@ARD_BaB) [May 11, 2023](#) [10]

Auch interessant:

- [Ergebnisse der Steuerschätzung](#) [1]
- [Rückkehr zur Schuldenbremse: Solide Haushaltspolitik in herausfordernden Zeiten](#) [11]
- [Mehr Haushaltsdisziplin wagen](#) [7]
- [Wir müssen klare Prioritäten setzen](#) [12]
- [Geld alleine reicht nicht – es braucht auch Ziele](#) [13]
- [Haben ein massives Ausgabenproblem](#) [14]
- [Einnahmen und Ausgaben wieder in Balance bringen](#) [15]
- [Argumente: Rückkehr zur Schuldenbremse: Solide Haushaltspolitik in herausfordernden Zeiten](#) [16]
- [Beschluss des Bundesvorstandes: Mit der Rückkehr zur Schuldenbremse den finanzpolitischen](#)

[Ausnahmezustand beenden: Inflation bekämpfen, Entlastungen priorisieren, Investitionsanreize setzen](#) [17]

Quell-URL:<https://www.liberale.de/content/wir-haben-kein-einnahmenproblem#comment-0>

Links

[1] <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2023/05/2023-05-11-ergebnisse-der-164-steuerschaetzung.html> [2] <https://www.fdp.de/mehreinnahmen-aus-der-inflation-geben-wir-zurueck> [3] <https://www.fdp.de/kalte-progression-abbauen> [4] <https://www.liberale.de/drittes-entlastungspaket> [5] https://twitter.com/hashtag/Steuersch%C3%A4tzung?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [6] https://twitter.com/c_lindner/status/1656658278074691585?ref_src=twsrc%5Etfw [7] <https://www.fdp.de/mehr-haushaltsdisziplin-wagen> [8] <https://www.fdp.de/brandmauer-gegen-hoehere-belastungen-fuer-buerger-und-betriebe> [9] <https://t.co/63YYVvaWpY> [10] https://twitter.com/ARD_BaB/status/1656654377443287040?ref_src=twsrc%5Etfw [11] <https://www.liberale.de/seite/rueckkehr-zur-schuldenbremse-solide-haushaltspolitik-herausfordernden-zeiten> [12] <https://www.fdp.de/wir-muessen-klare-prioritaeten-setzen> [13] <https://www.fdp.de/geld-alleine-reicht-nicht-es-braucht-auch-ziele> [14] <https://www.fdp.de/haben-ein-massives-ausgabenproblem> [15] <https://www.fdp.de/einnahmen-und-ausgaben-wieder-balance-bringen> [16] <https://www.fdp.de/seite/rueckkehr-zur-schuldenbremse-solide-haushaltspolitik-herausfordernden-zeiten> [17] https://www.fdp.de/sites/default/files/2022-06/2022_06_20_BuVo_Mit-der-Rueckkehr-zur-%20Schuldenbremse-%20den-finanzpolitischen-%20Ausnahmezustand-%20beenden.pdf